

## Parlamentarischer Vorstoss

2023/701

---

|                       |  |
|-----------------------|--|
| Geschäftstyp:         | Interpellation   |
| Titel:                | <b>Eritrea-Festival in Grellingen: Wie können solche Veranstaltungen in Zukunft verhindert werden?</b> |
| Urheber/in:           | Die Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion und SVP-Fraktion  |
| Zuständig:            | Simon Oberbeck, Andreas Dürr, Peter Riebli   |
| Mitunterzeichnet von: | —  |
| Eingereicht am:       | 13. Dezember 2023  |
| Dringlichkeit:        | Als dringlich eingereicht  |

---

Grossaufgebot der Kantonspolizei Basel-Landschaft für eine private Veranstaltung in Grellingen. Für das Eritrea-Festival zu Ehren des Regimes in Eritrea wurde mit Strassensperrungen (A18 und Eggflueh-Tunnel) der Zugang zur Gemeinde Grellingen grossräumig abgesperrt. Folge waren stundenlange Staus. Gemäss den Gemeindebehörden wurde die Gemeinde und die Bevölkerung nicht adäquat über die bevorstehende Veranstaltung und die Einschränkungen informiert.

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut – und das zu Recht. Dass die Sicherheitsbehörden, in diesem Fall die Kantonspolizei, auf Kosten der lokalen Bevölkerung in letzter Konsequenz, einen Anlass für einen Diktator (wohl im Unwissen) schützt, ist gelinde gesagt stossend. Es sei festgehalten, dass der Einsatz der Kantonspolizei Basel-Landschaft gut verlief, zweckmässig war und Ausschreitungen damit verhindert werden konnten.

Ein Zitat von Journalist Raphael Rohner, St. Galler Tagblatt (10.12.2023 um 13:01 Uhr) beschreibt das Dilemma gut: «Am Ende verliessen die Anhänger des Afewerki-Regimes das Baselland als Sieger und verkündeten der ganzen Welt, dass sie, die Anhänger des Regimes, in der Schweiz von der Polizei geschützt werden und die Gegner auch hier keine Chance haben, sich gegen das Regime des Diktators zur Wehr zu setzen.» Wenn also jemand aus Eritrea zu Recht Asyl erhält, weil er als Gegner des Regimes tatsächlich an Leib und Leben gefährdet sein kann, muss er sich auch in der Schweiz vor dem Diktator und seinen Regimefreunden fürchten.

Politisch lassen die Vorkommnisse vom vergangenen Samstag viele Fragen offen. Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie geht die Regierung und die Polizei bei Kenntnis von privaten Veranstaltungen mit Risikopotenzial vor? Welche Instanzen werden oder sind involviert? Wie werden die betroffenen Gemeinden aber auch das SEM einbezogen, resp. informiert?
  2. Warum und unter welchen Bedingungen wurde der Veranstaltung eine Bewilligung erteilt?
  3. Welche Lagebeurteilung nahm der Kanton im Vorfeld und während der Veranstaltung vor?
-

4. Wie wurde das Risiko der Gefährdung für die nicht involvierte Bevölkerung eingeschätzt? War die Risikobeurteilung Teil des Sicherheitskonzepts?
5. Werden die Sicherheitskosten den Veranstaltern in Rechnung gestellt?
6. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass internationale Konflikte nicht auf Baselbieter Boden bei Veranstaltungen ausgetragen werden sollen? Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass es in Zukunft im Baselbiet nicht mehr zu solchen Ereignissen kommt und solche Veranstaltungen verboten werden können? Muss dafür aus Sicht des Regierungsrates der Bewilligungsprozess angepasst werden?